Sozialbetrug beim Kindergeld?
Bericht: Jana Gareis

Seit Tagen gibt es immer wieder Schlagzeilen. Von Kindergeldabzocke im großen Stil ist hier die Rede. Was ist dran an dieser Behauptung? Wir recherchieren die Zahlen für Mitteldeutschland. Diese zeigen ein differenziertes Bild.

Von zirka 340.000 Kindern, die im Juli in Sachsen-Anhalt Kindergeld bekamen, lebten knapp 1.300 Kinder im Ausland. Von zirka 660.000 Kinder in Sachsen, lebten 2.500 im Ausland. In Thüringen waren es zirka 340.000 Kinder, die Kindergeld bekamen, davon 1.400 im Ausland. Das heißt, in jedem der drei Bundesländer wurden nur 0,4 Prozent des Kindergeldes ins Ausland überwiesen.

Doch warum dürfen Kinder, die im Ausland leben, überhaupt Kindergeld beziehen? Wir fragen Prof. Dr. Eva Heidbreder, Expertin für EU-Recht.

Expertin EU-Recht, Prof. Dr. Eva Heidbreder
"Grundsätzlich ist der Bezug von Kindergeld legal, wenn jemand in Deutschland eine Arbeit hat und hier in die Sozialsysteme einzahlt."

Jeder der in Deutschland arbeitet, hat Anspruch auf Kindergeld. Osteuropäische Erntehelfer, Pflegekräfte oder Bauarbeiter werden wie deutsche Arbeitnehmer behandelt. Dass das System auch ausgenutzt werden kann, schließt die Expertin allerdings nicht aus.

Expertin EU-Recht, Prof. Dr. Eva Heidbreder
"Illegal wird's, wenn Sozialbetrug vorliegt, aber das gilt für alle EU-Bürger genau gleich. Wenn also vorgetäuscht wird, dass der Lebensmittelpunkt in Deutschland liegt, wenn vorgetäuscht wird, dass ein ordentliches Arbeitsverhältnis vorliegt."

Tatsächlich – dass die Sozialsysteme ausgenutzt werden und Leistungen unberechtigterweise bezogen werden, ist ein Thema. In Mitteldeutschland bewegt es vor allem Magdeburg. Dabei geht es weniger um Kindergeld, sondern vor allem um Wohngeld und Hartz IV.

Schon im April waren wir mit der Kamera vor Ort. Ortstermin von Oberbürgermeister Lutz Trümper in der Neuen Neustadt.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.

Bewohnerin Ellen Mainka: „Wie das hier aussieht immer!“
OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper: „Jetzt noch oder schon wieder?“
“Ne, schon wieder.”

So wie diese Mieterin, beschweren sich viele über die Zustände in ihrem Viertel. Grund sind ihrer Meinung nach die neuen Nachbarn – In den letzten beiden Jahren ist die Zahl der rumänischen und bulgarischen Staatsbürger stark angestiegen. Von 400 auf rund 2.000. Dahinter vermutet Oberbürgermeister Trümper System.

OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper
“Dass das reiner Zufall ist, dass so viele hier herziehen, das wäre schon ein großer Zufall. Das ist organisiert.”

Zirka 60 Prozent der Rumänen und Bulgaren hier beziehen Sozialleistungen. Viele nutzen eine Gesetzeslücke aus, denn: melden sie ein Kleingewerbe an oder haben ein geringes Einkommen, bekommen sie Sozialleistungen, ohne in die Sozialkassen einzuzahlen.

OB Magdeburg, Dr. Lutz Trümper
„**Wenn das so ist, dass man bei einer Reinigungsfirma arbeitet und man verdient sein Geld, dann ist das rechtskonform aber nicht gut, weil ich sage, ich muss mein Geld überwiegend selbst verdienen und nicht nur 300 Euro verdienen. Aber gegen diesen Vorgang kann ich nichts machen, dann müssen wir das Sozialgeld zahlen.”**

Wir versuchen, mit den Zugezogenen im Viertel ins Gespräch zu kommen. Ein rumänischer Mann, der unerkannt bleiben will, erzählt uns, dass er nur zwei bis drei Stunden am Tag im Hotel arbeitet und somit geringfügig beschäftigt ist. Dadurch könne er aufstocken, bekäme Wohngeld und außerdem Kindergeld.

Sein Landsmann Cristian erklärt uns, warum ein Leben in Deutschland attraktiv für ihn ist.

Rumäne Cristian, neuer Bewohner Neue Neustadt
“Der Unterschied ist sehr groß. In Rumänien haben wir 10 Euro pro Kind vom Staat bekommen. Hier gibts mind. 190 Euro pro Kind.“

Die Wenigsten in Magdeburg, so erfahren wir, haben Kinder im Ausland, das Kindergeld und andere Leistungen beziehen sie hier vor Ort. Elmar Brok CDU-Abgeordneter im EU-Parlament verweist auf den bereits vorhandenen rechtlichen Rahmen.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.

Abgeordneter Europäisches Parlament, Elmar Brok
"Die europarechtliche Möglichkeit ist die Freizügigkeitsrichtlinie. In ihrer ersten Fassung von 1994. In der steht drin nur unter den und den Bedingung, hat man Anspruch auf Sozialleistungen. Die muss man messerscharf anwenden, es gab Gerichtsurteile dazu."

Gerd Landsberg ist Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Für ihn ist das nicht ausreichend. Er will eine Gesetzesänderung.

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg
"Ich glaube wir sollten auf der EU-Ebene das Gesetz ändern mit Zustimmung der entsprechenden Länder, dass als Arbeit nur anerkannt wird, wenn ich so viele Stunden arbeite, dass ich davon leben kann. Also das Aufstockerproblem kann man juristisch lösen, wenn man es will."

Fazit: Kindergeld ins Ausland? Diese Diskussion geht am Problem vorbei. Viele Kommunen wünschen sich eine konkretere gesetzliche Regelung, die das Ausnutzen der Sozialsysteme und -leistungen wie Hartz-IV und Wohngeld, verhindert.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.